

# Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



## NIEDERSCHRIFT

der 33. Sitzung des Kreistages am 19.06.2013 im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

---

**Beginn: 16:00 Uhr**

**Ende: 19:25 Uhr**

### Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Böhme, Doreen	SPD	
Dr. Deutschländer, Adolf	DIE LINKE	
Donath, Helmut	UBL-GRÜNE/B 90	
Ernst, Siegfried	CDU	
Haverlandt, Sven-Gunnar	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Helbig, Alexander	DIE LINKE	
Hentze, Michael	FDP	
Knuffke, Frank	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Kolan, Lars	SPD	
Kolberg, Joachim	CDU	anwesend bis 17:45 Uhr, TOP 4.2
Krüger, Reinhard	DIE LINKE	
Dr. Kuttner, Michael	CDU	
Laubisch, Hartmut	SPD	
Lehmann, Sylvia	SPD	
Linke, Hartmut	SPD	
Luban, Klaus	FDP	
Luchmann, Wolfgang	SPD	
Meißner, Herbert	SPD	
Müller, Gert	DIE LINKE	
Müller, Heidemarie	DIE LINKE	
Peter, Sabine	UBL-GRÜNE/B 90	
Pillat, Renate	Bauern/Pro Schönefeld	
Reif, Jonas	UBL-GRÜNE/B 90	
Reimann, Michael	fraktionsloser Abgeordneter	
Rubenbauer, Kerstin	DIE LINKE	
Scheetz, Ludwig	SPD	
Schmidt, Norbert	CDU	
Schulze, Olaf	CDU	
Seelig, Robert	DIE LINKE	
Selbitz, Frank	UBL-GRÜNE/B 90	
Dr. Sternagel, Manfred	SPD	
Terno, Heiko	Bauern/Pro Schönefeld	
Thalheim, Michael	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Tomczak, Raimund	FDP	
Tölpe, Uta	SPD	
Urspruch, Hans-Ulrich	FDP	
Wahl, Steffen	CDU	anwesend ab 16:45 Uhr, TOP 2.1, bis 19:15 Uhr, TOP 8
Wenzel, Reinhard	SPD	

Wille, Martin                    SPD  
Dr. Wunderlich, Günter      DIE LINKE

**Von der Verwaltung haben teilgenommen:**

Binienda, Peer                stellv. Amtsleiter Rechtsamt  
Brieger, Andrea               Sachbearbeiterin Büro Kreistag  
Degenhardt, Marion         Dezentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb  
Ehm, Carla                     Sachbearbeiterin Büro Kreistag  
Franke, Silvana              stellv. Amtsleiterin Zentrales Gebäude- und Immobilienmanagement  
(GIM)  
Karnapke, Marlies            Schriftführerin  
Klein, Stefan                 Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse  
Klinkmüller, Carl-Heinz     Erster Beigeordneter und Dezernent für Planung, Bauwesen und Umwelt  
Köhler, Carola               Bereichsleiterin wirtschaftliche Beteiligungen und Tourismus  
Krägel, Sybille               Sachbearbeiterin Büro Kreistag  
Kunze, Ralf                    Personalratsvorsitzender  
Mietk, Thomas                Leiter Kreisarchiv  
Nagel, Alexander             Amtsleiter Amt für Personal, Organisation und Service  
Saß, Carsten                 Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und  
Soziales  
Schmidt, Wolfgang         Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie öffentliche  
Sicherheit und Ordnung  
Schrager, Jörg                Amtsleiter Amt für Kreisentwicklung und Denkmalschutz  
Schrager, Karin               Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt  
Schreiber, Antonia         Büro Landrat  
Voigt, Elke                    Gleichstellungsbeauftragte

**Entschuldigt waren:**

Eisenhammer, Martina      DIE LINKE  
Fischer, Tina                SPD  
Knuth, Dirk                  CDU  
Krause, Lutz                 UBL-GRÜNE/B 90  
Laugsch, Angela             DIE LINKE  
Mertner, Jürgen              SPD  
Dr. Pfannenschwarz, Karl    DIE LINKE  
Dr. von Platen, Sabine      CDU  
Richter, Helmut             Bauern/Pro Schönefeld  
Scheiner, Susanne         CDU  
Schluricke, Andreas        SPD  
Dr. Schönfelder, Inis        CDU  
Uhlworm, Birgit             UBL-GRÜNE/B 90  
Wedekind, Hartmut         CDU  
Weber, Karin                DIE LINKE  
Zittlau, Norbert             Bauern/Pro Schönefeld

**Gäste:**

Gelhaar-Heider, Ilka        stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses  
Grunert, Wolfgang         Kreissenorenbeauftragter  
Klaus, Dana                 Tourismusverband Dahme-Seen  
Kuhtz, Helena               Mitarbeiterin Gleichstellungsbeauftragte  
Schilling, Christine        KiEZe Hölzerner See und Frauensee

Vertreter der Presse und Zuhörer für den öffentlichen Teil



# TAGESORDNUNG

## I. Öffentlicher Teil:

### 1. Zur Geschäftsordnung

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 zur Tagesordnung
- 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

### 2. Aktuelle Stunde

- 2.1 Bericht des Landrates
- 2.2 Anfragen der Abgeordneten

### 3. Einwohnerfragestunde (Aufruf des Tagesordnungspunktes ca. 17:00 Uhr)

### 4. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreistag

- 4.1 Ehrenamtliche Richter für die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg 2013/048  
hier: Vorschlagsliste für das Verwaltungsgericht Cottbus
  - 4.2 Antrag auf überplanmäßige Ausgabe gemäß § 6 Abs. 8 der Haushaltssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald für das Haushaltsjahr 2013 2013/054
  - 4.3 Grundsätzliche Positionierung des Zweckverbandsmitgliedes Landkreis Dahme-Spreewald gemäß § 17 der Satzung des Zweckverbandes "Gewässerrandstreifenprojekt Spreewald" 2013/053
  - 4.4 Satzung über den Kostensatz und die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Brand- und Katastrophenschutzentrums (BKZ) des Landkreises Dahme-Spreewald (Gebührensatzung BKZ) 2013/038
  - 4.5 Änderungen des Rahmenkonzeptes der Personalplanung und Personalentwicklung des Landkreises Dahme-Spreewald 2013/056
- ### 5. Anträge von Fraktionen, Ausschüssen oder Mitgliedern des Kreistages
- 5.1 Prüfauftrag zur Fortführung des Gewässerrandstreifenprojektes 2013/051
  - 5.2 Anwendung des Prinzips Gender Mainstreaming in der Kreisverwaltung Dahme-Spreewald (Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B90) 2013/057
  - 5.3 Berufung eines neuen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur (Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90) 2013/060

### 6. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

### 7. Informationsvorlagen

- 7.1 Aufhebung des Erbbaurechtsvertrages und Veräußerung des Grundstückes in Wanninchen (Naturschutzstation) 2013/055
- 7.2 Errichtung eines Verwaltungsgebäudes am Verwaltungsstandort Brückenstraße/Max-Werner-Straße in Königs Wusterhausen 2013/058
- 7.3 Aufstockung der Kapazitäten in der Gemeinschaftsunterkunft Waßmannsdorf 2013/061

### 8. Verschiedenes

## II. Nichtöffentlicher Teil:

### 9. Zur Geschäftsordnung

- 9.1 zur Tagesordnung
- 9.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

### 10. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

öffentlich/nichtöffentlich

## 11. Verschiedenes

Die Vorsitzende des Kreistages, **Frau Tölpe**, eröffnet die 33. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR am 17.06.1953 gedacht. Dazu hält der Kreisarchivar **Herr Mietk** einen Vortrag.

### I. Öffentlicher Teil

#### TOP 1. Zur Geschäftsordnung

---

##### TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Frau Tölpe** stellt fest, dass der Kreistag form- und fristgerecht einberufen wurde. Von 57 Kreistagsmitgliedern sind zurzeit 40 anwesend. Damit ist der Kreistag beschlussfähig.

##### TOP 1.2 zur Tagesordnung

---

Es liegen keine Hinweise, Ergänzungen oder Anregungen zur Tagesordnung vor. Die Abhandlung erfolgt in der vorliegenden Fassung.

##### TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

---

Zur Niederschrift vom 10.04.2013 liegen keine schriftlichen Einwendungen vor. Mündliche Einwendungen werden ebenfalls nicht vorgetragen. Damit gilt die Niederschrift als anerkannt.

#### TOP 2. Aktuelle Stunde

---

##### TOP 2.1 Bericht des Landrates

---

„Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte meinen Bericht wegen der Wärme heute kurz halten und als erstes auf das noch immer bestehende Hochwasser eingehen:

Wir haben seit Anfang Juni einen Arbeitsstab im Hause, der sich unter meiner Leitung bisher täglich traf. Beteiligt waren Vertreter der zuständigen Ämter des Hauses, des Landesumweltamtes, des Wasser- und Bodenverbandes, der Polizei sowie der vom Hochwasser betroffenen Städte und Gemeinden.

Durch die Unwetter in der Oberlausitz im Einzugsgebiet von Spree und Weißem Schöps waren große Wassermassen zusammengekommen, die durch das Niederschlagsaufkommen hier in der Region noch vermehrt wurden und über die Talsperren Bautzen und Quitzdorf auf die Talsperre Spremberg zukamen. Wir hatten einen stetigen Pegelanstieg in dieser Talsperre und es bestand die Gefahr des Überlaufens. Das veranlasste das Landesumweltamt, sukzessiv die Abgaben zu erhöhen. Es gab Rekordabgaben von bis zu 110 m<sup>3</sup>/Sekunde. Über den Nord- und Südumfluter erreichte das

Wasser nach etwa zwei Tagen die Regionen des Landkreises. Lübben ist allerdings ein Nadelöhr und das drängte zu einer Entscheidung, bereits vor Lübben etwas zu tun.

Alles hat sich noch verschärft, weil die Aufnahmefähigkeit des Nordumfluters, einer der wichtigsten Ableiter aus Richtung Spremberg mit einem Durchlassvermögen von etwa 42 m<sup>3</sup>/Sekunde, wegen Deichbauarbeiten in der Nähe von Alt Zauche um die Hälfte eingeschränkt war und auch noch ist. Er kann nur etwa 20 m<sup>3</sup>/Sekunde aufnehmen. Deshalb musste der Polder Hochwald genutzt werden und ein Gebiet von etwa 5.000 Hektar Wald und landwirtschaftliche Nutzflächen wurde über das Überlaufwehr Eichenwäldchen überflutet.

Vor Lübben befinden sich jetzt noch etwa 25 Mio. Kubikmeter Wasser. Ich gehe davon aus, dass die nun verringerten Abgaben von Spremberg, nämlich nur noch 36 m<sup>3</sup>/Sekunde, auch hier wirksam werden. Das Überschwemmungsgebiet Hochwald wird allerdings erst über Wochen ablaufen. Deshalb werden wir hier wahrscheinlich noch längere Zeit erhöhte Wasserstände haben.

Forstfachleute gehen davon aus, dass im Hochwald ein unersetzbarer Schaden entstanden ist. Manche gehen sogar davon aus, dass der Hochwald absterben wird und wieder neu bepflanzt werden muss.

Unter dem Hochwasser leidet natürlich auch die Tourismuswirtschaft. Wegen der hohen Fließgeschwindigkeit wurde vom Landesumweltamt als Baulastträger der Wasserstraßen beim Landesamt für Bauen und Verkehr ein Antrag auf völliges Verkehrsverbot auf den Fließen gestellt. Dem wurde entsprochen. Mittlerweile hat sich zumindest im Oberspreewald die Fließgeschwindigkeit aber wieder verringert und es gibt Lockerungen. Im Bereich Lübben dürfen die Kahnfährleute seit einer knappen Woche wieder eine bestimmte Strecke auf eigene Verantwortung befahren. Das gilt aber nicht für Sportboote und Paddler, dazu ist das Gefahrenpotential noch zu hoch. Zudem haben die Feuerwehren gebeten, die Kameraden durch eventuelle Rettungseinsätze nicht zu gefährden.

Nach anfänglichen kleineren Problemen zeigen die Kahnfährleute aus dem Raum Lübben Verständnis für die Situation und es gibt mittlerweile eine sehr kooperative Zusammenarbeit. Auch die täglichen Konferenzschaltungen mit der Umweltministerin Brandenburgs waren sehr hilfreich. Ich möchte von dieser Stelle aus allen beteiligten Landesbehörden danken.

Ein herzlicher Dank gilt auch unserer Brandschutzeinheit, die z. B. in Mühlberg im Einsatz war. Etwa 110 Feuerwehrfrauen und -männer haben dort aufopferungsvoll gegen das Hochwasser gekämpft.

Ein Dank gilt natürlich auch allen andern Helfern, die beim Hochwasser in irgendeiner Weise mit angepackt haben.

Jetzt komme ich zu einem weiteren Thema, das Sie bestimmt über den Sommer erreichen wird:

Wie Sie wissen, gibt es in Brandenburg eine Enquetekommission mit dem Namen ‚Kommunal- und Landesverwaltung - *bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020*‘, die die Aufgabe hat, Modellvarianten einschl. Mindestgrößen für eine mögliche Neu- bzw. Umstrukturierung der Gebietskörperschaften im Land Brandenburg zu erarbeiten; auch unter dem Blickwinkel der sich verändernden finanziellen und demografischen Bedingungen. Nach monatelanger intensiver Arbeit und Besuchen vor Ort wurde im Rahmen einer öffentlichen Sitzung am 17.06.2013 ein erstes Papier vorgelegt.

Zu den Gemeindemodellen heißt es z. B., dass zu prüfen ist, ob die Ämter im Land Brandenburg vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung in anderen Ländern oder nach Erfahrung anderer Flächenländer neu konzipiert werden müssen. Das heißt, dass man davon ausgeht, dass es auch in Brandenburg weiter möglich sein wird, die Amtsgemeinden und Einheitsgemeinden aufrecht zu erhalten und auf ein gleiches Level zu stellen. Das soll

untersucht werden und macht uns zumindest erst einmal Hoffnung, dass wir diese vielfältige Struktur in Brandenburg erhalten können.

In den nächsten Koalitionsverhandlungen – mit wem auch immer – soll für hauptamtliche Verwaltungsträger auf gemeindlicher Ebene die Mindesteinwohnerzahl von 10.000 ausgehend von der Prognose 2030 als Sollgröße festgelegt werden. Also mindestens 10.000 Einwohner auf 1 hauptamtlichen Hauptverwaltungsbeamten.

Zu den Kreismodellen hat die Enquetekommission 5/2 Folgendes empfohlen: Die Anzahl künftiger Kreise soll sich innerhalb des Korridors von 7 bis 10 Landkreisen befinden. Wir haben jetzt 14. Das mag sich alles noch nicht so tragisch angehören. Aber: Bei der Bildung neuer Landkreise sollen die vorhandenen Kreisgrenzen grundsätzlich beachtet werden.

Ausnahmen soll es beispielsweise bei der Schaffung zusammenhängender Gebiete mit bestimmter historischer/landsmännischer Verbundenheit geben. Ich weiß von Denkstrukturen verschiedenster Modelle, dass die Lausitz wieder Lausitz werden soll oder man eine künstliche Lausitz, einen großen Lausitzlandkreis, bilden könnte. Und mir ist bekannt, dass es Modelle gibt, die ehemaligen Altkreise Lübben und Luckau zum Süden zuzuschlagen und den starken Norden zum altbewährten historisch geprägten Landkreis Teltow.

Es gibt auch einen Entwurf zur Novellierung des Sorbengesetzes. Diese Novellierung stammt vom Mai 2012 und noch in diesem Jahr soll ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

Ich möchte mal einen Aspekt daraus zitieren:

„§ 3 angestammtes Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden:

Der besondere Charakter des angestammten Siedlungsgebietes der Sorben und Wenden und die Interessen der Sorben und Wenden sind bei der Gestaltung der Landes- und Kommunalpolitik zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere bei Eingriffen in die Struktur des angestammten Siedlungsgebietes wie administrativen Neugliederungen und Umsiedlung von Gemeinden oder Gemeindeteilen.“

Der letzte Satz betrifft vermutlich der Braunkohleabbau und die damit zusammenhängende Umsiedlung von Gemeinden und Gemeindeteilen.

Darüber wollte ich Sie informieren und ich will auch noch einmal deutlich sagen, dass das viele Schwierigkeiten mit sich bringen wird, u. a. wird es zahlreiche Vermögensauseinandersetzungen geben. Ich möchte auch gar nicht an Kreisumlagen denken, wenn z. B. die kreisfreie Stadt Cottbus kreisangehörig wird und dann alles, was sie an Sozialleistungen hat, in die Kreisumlage umgemünzt wird. Das wird dann tief in den Spreewald hineingehen.

Bei allen Modellen, die auch durch die Politik in unserem Landkreis gehen werden, gehe ich weiter davon aus, dass der LDS als mindestens zweitstärkster Landkreis in Brandenburg weiterhin auf das Solidarprinzip bauen sollte. Dass wir mit der Wirtschaftskraft des Nordens in die Tiefe gehen und von Funktionen aus dem Süden letztendlich auch den Norden partizipieren lassen. Dann kann man auch das Denkmodell anstreben. Dann sollen sich Nachbarn entsprechend alter Strukturen vielleicht auch ausrichten. Es gab auch mal im Kreis Luckau das große Amtsgebiet von Dahme. Und es gab auch mal den Bereich Calau/Lübbenau, der sich wesentlich mehr zum Lübbener Spreewald orientierte.

Und so weiter und sofort, dieser Landkreis könnte als solches bereichert werden. Da muss man nicht von einem Lausitz-Landkreis des ehemaligen Bezirkes Cottbus ausgehen.

Weiterhin möchte ich Sie jetzt schon für den 11. August einladen. Um 10:30 Uhr findet in Königs Wusterhausen im Rahmen des Tages der offenen Tür der Volkshochschule eine Ausstellungseröffnung zum 60. Jahrestag des Aufstandes am 17. Juni in der DDR statt.

Eingeladen sind Sie auch für den 07. Juli 2013. Um 17:00 Uhr findet ein Konzert des Sinfonieorchesters *Sinfonietta Polonia* in der Paul-Gerhardt-Kirche in Lübben statt.

Dieses Konzert mit etwa 50 Mitwirkenden wird zu Ehren der 20-jährigen Städtepartnerschaft Lübben/Wolsztyn stattfinden.

Die Landkreise Wolsztyn und Dahme-Spreewald haben dieses Konzert als Geschenk für die beiden Städte ermöglicht.

Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass es im Internet neuerdings Newsletter unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft gibt. Sie können dort die neuesten Informationen aus unserer WFG einsehen.

Im Klinikum Dahme-Spreewald wurde am 18.04.2013 die neue Krankenhausapotheke eingeweiht, eine Investition in Höhe von 5,4 Mio. Euro ohne irgendwelche Fördermittel. Diese Apotheke versorgt große Teile der südöstlichen Kreise unseres Bundeslandes bis hin nach Sachsen.

Am 08.06.2013 fand die Vernissage zur *[aquamediale® 9]* in Goyatz statt. Aus der vorgesehenen Kunstkahnfahrt im Lübbener Bereich wurde wegen des Hochwassers eine Kunstwanderung. Ich hoffe, dass in den nächsten Tagen der Katalog sämtlicher Kunstwerke in der Region von Lübben bis Goyatz von unserem Kurator fertiggestellt wird und der Öffentlichkeit übergeben werden kann.

Das Ludwig-Leichhardt-Jahr beschäftigt uns ebenfalls sehr. Zum 200. Geburtstag Ludwig Leichhardts finden von Lübben bis Lieberose zahlreiche Veranstaltungen statt.

Ferner hat sich der Landeswahlleiter in einer Kreisbereisung über den Arbeitsstand hinsichtlich der Bundestagswahlen im September informiert.

Am 01.06.2013 fand in Lübben ein großes Partnerschaftsfest Lübben/Wolsztyn statt. Hier hatte sich der Landkreis ebenfalls mit eingebracht.

In Königs Wusterhausen hat die Schützengilde ihr 160-jähriges Bestehen gefeiert.

Die Brandenburgische Landpartie wurde in diesem Jahr am 08.06.2013 in Anwesenheit des zuständigen Ministers in Dürrenhofe eröffnet. Das war uns eine besondere Ehre.

Ich habe mich kürzlich auch gemeinsam mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden unseres Klinikums bei den beiden bisherigen ehrenamtlich sehr engagierten Patientenfürsprecherinnen bedankt, die ihre Tätigkeit aufgegeben haben. Das sind Frau Ilse Müller für das Klinikum Dahme-Spreewald und Frau Brigitta Kuba für das Achenbach-Krankenhaus. Wir haben uns sehr gut unterhalten, wobei es auch kritische Bemerkungen seitens der Damen gab.

Am 20.04.2013 fand der Treppenlauf der Feuerwehren Deutschlands in Berlin statt. Ich erwähne das deshalb, weil auch zahlreiche Teams aus dem Landkreis dabei waren; und zwar aus Groß Köris, Königs Wusterhausen, Lübben, Schenkendorf, Krummensee, Schulzendorf, Wildau, Zeuthen und Zeuthen/Miersdorf. Zwei der LDS-Teams liefen in die Top 20 der etwa 260 Teams. Am erfolgreichsten waren dabei Robert Penker und Martin Lehmann von der Feuerwehr Königs Wusterhausen. Sie erreichten bei den Jüngeren den vierten Platz.

Stattgefunden haben auch wieder die Niederlausitzer Leistungsschau in Luckau und der Kreispokallauf unserer Jugendfeuerwehren bei reger Teilnahme von Kreistagsabgeordneten. Ich danke für Ihr Interesse.

Anlässlich der Europa-Woche wurden die Europa-Urkunden des Landkreises vergeben. In diesem Jahr an Renate Wagner aus Lübben und Katrin Stiegmann aus Mittenwalde sowie an Prof. László Ungvári, den Präsidenten der Technischen Hochschule in Wildau.

Am 08.05.2013 fand mit einigen Abgeordneten eine Projekttour zum Regionalmanagement statt, das sich seit 2007 in der Umsetzung befindet. Für die Jahre 2007 bis 2014 erhielt bzw. erhält der Landkreis dafür eine Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds in Höhe von etwa 4,4 Mio. Euro. Mit diesem Geld konnten in den vergangenen sechs Jahren 2.364 arbeitslose Frauen und Männer qualifiziert werden. 607 Frauen und Männer konnten in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht werden.

Die Projekte, die wir vor Ort angeschaut haben, haben uns überzeugt. Ich erwähne das deshalb, weil wir danach eine Information vom zuständigen Minister Baaske erhielten, dass auch in der neuen Förderperiode Mittel zur Verfügung stehen. Aber nicht mehr in Verwaltung der Landkreise, nicht mehr vor Ort. Dies soll zukünftig alles über Institutionen des Landes wie z. B. der ZAB und der LASA erfolgen.

Im Namen aller 14 Landkreise des Landes Brandenburg habe ich einen fordernden Brief an den Minister geschrieben. Wir sind der festen Überzeugung, dass die regionale Zuständigkeit wegen der detaillierten Vor-Ort-Kenntnisse besser wäre und die Mittel effektiver eingesetzt werden könnten.

Zu Unternehmensbesuchen war ich mit dem Dezernenten Wolfgang Schmidt bei der Barthel-GmbH in Walddrehna und bei Scholl-Glas in Lübben/Neuendorf.

Die Spendenübergabe des Regionalbeirates unserer Sparkasse MBS fand in Schulzendorf statt. Spenden in Höhe von 68.000 Euro wurden an Vereine und Initiativen übergeben. Gestern haben wir seitens der Stiftung Dahme-Spreewald 70.000 Euro übergeben können.

Beim ‚Tag der Retter‘ öffneten in Königs Wusterhausen die Polizei, die Feuerwehr mit Rettungsdiensten sowie das Achenbach-Krankenhaus ihre Türen. Es war eine sehr gute Veranstaltung, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war.

Wir haben im Klinikum Königs Wusterhausen und Lübben in den vergangenen Wochen auch eine Krebsberatungsstelle eröffnet. Das wurde sehr gut von der Öffentlichkeit angenommen. Ich danke der Abgeordneten Frau Sylvia Lehmann noch einmal für die öffentlichen Hinweise zu einem solchen Patientenangebot.

Der ADAC hat in Wildau eine Filiale eröffnet. Damit bindet er sich mehr an unsere Region und könnte hier im Rahmen der Verkehrserziehung tätig werden.

Im Berichtszeitraum habe ich natürlich auch wieder Schulen besucht und noch weitere Termine wahrgenommen. Aber für heute will ich es damit bewenden lassen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

*Fragen zum Bericht:*

**Herr Selbitz** möchte zur Hochwassersituation im Spreewald wissen, ob seitens des Landesumweltamtes künftig vorgesehen sei, einen Pegel im Bereich Alt Zauche/Straupitz anzubringen bzw. ob es Bemühungen der Kreisverwaltung gebe, dies beim Landesumweltamt in die Wege zu leiten. Auf Grund der Erfahrungen der letzten beiden Hochwässer sehe er es als dringend erforderlich an, zwischen den Pegeln in Cottbus und Lübben eine weitere Messstelle einzurichten.

**Landrat Loge** nimmt den Hinweis auf. Er persönlich sehe es ebenfalls als dringend an, gerade im Bereich des Unterlaufs der Spree weitere Pegel zu setzen. Die gesammelten Erfahrungen der vergangenen Wochen werden auf alle Fälle ausgewertet und in die Diskussion mit dem Land eingebracht. Dabei solle auch ein Film einbezogen werden, der bei

einem Hubschrauberflug über das Überflutungsgebiet von einem Mitarbeiter der unteren Wasserbehörde aufgenommen wurde.

Im Norden des Landkreises gab es nur geringe Pegelerhöhungen. Dass diese vom Teupitzer Seengebiet bis nach Königs Wusterhausen nur höchstens 15 cm betragen, war auch dem vorsorglichen Wassermanagement von Landes- und Bundesbehörden zu verdanken. Das Wasser sei problemlos über das vom Wasser- und Schifffahrtsamt des Bundes betriebene Wehr Neue Mühle abgelaufen.

Bei der Erarbeitung der Hochwasserschutzkonzeption, die ja nun auch für diesen Teil des Spreewaldes erstellt wird, sollten lange vor der Konsultation mit den Trägern öffentlicher Belange auch andere Institutionen einbezogen werden, die etwas zur Problematik beizutragen haben. Das erspare eine nachträgliche Änderung teurer Planungen nach der öffentlichen Auslegung.

Überdies sollte die Diskussion zwischen Forstwirtschaft und Landwirtschaft, welche Flächen an welcher Stelle und zu welcher Zeit geflutet werden, jetzt geführt werden, um die Schäden bei den nächsten Hochwässern in Grenzen zu halten.

**Frau Lehmann** merkt an, dass die Kahnfährleute über das generelle Kahnfahrverbot im Spreewald sehr ungehalten waren. Sie danke dem Landrat, dass er die Kahnfährleute in Lübben sofort mit eingebunden und die Sicherheitslage erklärt habe.

Hinsichtlich des erwähnten unersetzlichen Schadens durch die Überflutung der Hochwaldflächen sei zu fragen, was getan werden könne, um dem Hochwald zu helfen.

**Landrat Loge** erwidert, dass im Moment gar nichts getan werden könne, denn jetzt stehe dort das Wasser. Forstfachleute gehen davon aus, dass das schon seit Jahren beobachtete Erlensterben weiter zunehmen werde. Ein Absterben des Waldes wäre jedoch fatal für die Natur und niedergegangene Waldstücke in großen Dimensionen würden sich auch negativ auf den Tourismus auswirken.

Alles müsse aber mit Besonnenheit betrachtet werden, zumal die teilweise sehr impulsiven Diskussionen über die Eisenhydroxid- und Sulfatbelastung der Spree bereits Touristen abgeschreckt haben.

**Frau Tölpe** unterbricht den Tagesordnungspunkt 2.1 und ruft um 17:00 Uhr den Tagesordnungspunkt 3 - Einwohnerfragestunde - auf.

### **TOP 3. Einwohnerfragestunde**

---

**Frau Tölpe** weist darauf hin, dass eine schriftliche Anfrage einer Bürgerin des Landkreises mit der dazugehörigen Antwort des zuständigen Dezernenten zur Übernahme von Gebühren der Kindertagesbetreuung übergeben wurde. Weitere schriftliche Anfragen von Einwohnern des Landkreises liegen nicht vor.

*Mündliche Anfragen von Einwohnern:*

**Frau Klaus** aus Zeuthen stellt sich als Mitarbeiterin des Tourismusverbandes Dahme-Seen und als Qualitätsbeauftragte für die touristische Infrastruktur des Landkreises Dahme-Spreewald vor. Weil heute eine Beschlussvorlage zum Thema Hofjagdweg auf der Tagesordnung stehe, sehe sie es als ihre Pflicht an, einige Informationen zu diesem Sachverhalt vorzutragen.

Seit 2009 leite sie auch die Arbeitsgruppe „Rad“ des Landkreises Dahme-Spreewald; eine Arbeitsgruppe, in der Akteure aus der Kreisverwaltung, der Wirtschaftsförderung, des ADFC,

der Kommunen, der Tourismusvereine und –verbände sowie die Kreiswegewarte gemeinsam an einem Tisch sitzen. Auch in diesem Gremium wurde das Thema Hofjagdweg immer wieder diskutiert.

2010 gab es ein Positionspapier zur Dringlichkeit des Ausbaues des touristischen Themenweges Hofjagdweg. Der letzte Satz dort lautet: „Mit diesem Positionspapier bitten die Mitglieder AG Rat alle verantwortlichen Gremien und Entscheidungsträger, sich mit Nachdruck für den fehlenden Ausbau des Hofjagdweges zwischen Schenkendorf, Krummensee und Groß Köris einzusetzen.“ Inzwischen wurde mit Hilfe von Fördergeldern über ILE-Leader tatsächlich schon ein sehr wichtiger Lückenschluss zwischen Krummensee und Bestensee realisiert. Einige Bauabschnitte seien aber noch offen.

Im Norden des Landkreises gebe es nur sehr wenige Themenradwege und überregional vermarktbar Radwege. Dazu gehören der Dahme-Radweg, der inzwischen ein ADFC-zertifizierter Vier-Sterne-Radweg sei, und auch der Hofjagdweg.

Der Hofjagdweg beschäftigt alle Beteiligten seit über 15 Jahren. 1999 als touristischer Radweg komplett beschildert, führt er als direkte Radroute von Königs Wusterhausen über Bestensee und Groß Köris im Norden des Landkreises bis in den Süden nach Lübben in den Spreewald.

Die Schilder wurden zwar aufgestellt und diverse Abschnitte gebaut, aber einige Teilabschnitte blieben nach wie vor unbefahrbar. Es gab zahlreiche Beschwerden und vor allem im Abschnitt Krummensee/Bestensee, der jedoch inzwischen fertiggestellt wurde, sehr ärgerliche Fahrradunfälle.

Nichtsdestotrotz werde dieser Weg gebraucht, in das Marketing wurde auch sehr viel investiert. Auf Grund der preußischen Kulturgeschichte von Königs Wusterhausen und der Hofjagden sei er sehr gut vermarktbar.

Sie spreche heute auch im Namen der Bürgermeister der Kommunen, die direkt vom Hofjagdweg tangiert werden. Bestensee, Groß Köris oder Mittenwalde setzen z. B. große Hoffnungen in eine baldige Fertigstellung. In diesen Kommunen gebe es auch keine anderen markierten Radwege, auf denen eine größere Anzahl von Radtouristen erwartet werden könnte. Es gebe auch zahlreiche Hoteliers, die damals ihr Hotel direkt an den Weg gebaut und immer gehofft haben, dass eine Fertigstellung erfolgt.

Alle Abgeordneten werden um Berücksichtigung dieser Informationen gebeten, wenn über den Antrag auf eine überplanmäßige Ausgabe für den Weiterbau des Hofjagdweges abgestimmt werde.

Weitere Wortmeldungen von Einwohnern des Landkreises liegen nicht vor. **Frau Tölpe** ruft zur weiteren Abarbeitung des Tagesordnungspunktes 2.1 auf.

*weiter mit TOP 2.1:*

**Herr Dr. Deutschländer** schließt sich der Frage von Frau Lehmann an und möchte wissen, ob der Landkreis plane, vom Fluthilfe-Fonds, der jetzt gemeinsam von Bund und Ländern aufgelegt werde, Mittel für den Hochwald einzufordern.

Außerdem sei zu fragen, wie hoch der Anteil der Sorbisch sprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung sei. Seinem Wissen nach gebe es dazu gesetzliche Regelungen.

**Landrat Loge** ist kein entsprechendes Gesetz bekannt. In seinem Bericht wollte er lediglich aufzeigen, welche Denkstrukturen mitunter bei den Konstrukteuren einer Kreisgebietsreform entstehen.

Inwieweit der Landkreis Hilfen aus dem Fluthilfe-Fonds beantragen kann, sei noch offen. Eine Richtlinie dazu werde derzeit vom zuständigen Bundesministerium erarbeitet und soll voraussichtlich im Spätsommer fertig sein. Wahrscheinlich werden Landwirtschaftsbetriebe Hilfen beantragen.

Versuche, Geschädigten in der Tourismuswirtschaft mit Geldern aus der Soforthilfe zu helfen, schlugen bereits fehl. Die augenblicklich vom Bund bereitgestellten Mittel seien wirklich nur für jene Menschen gedacht, die gar nichts mehr haben.

**Herr Linke** merkt an, dass bei der Entwaldung in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Hochwaldflächen bewusst ausgelassen wurden, weil sie sehr feucht waren. Jetzt habe es den Anschein, dass dieses Gebiet auch zukünftig Überflutungsraum sein soll. Fest stehe, dass durch den sommerlichen Überstau der Assimilationssaugdruck unterbunden wird und die Bäume wegen des Sauerstoffmangels zum Absterben verurteilt sind. Es sei nur eine Frage der Zeit.

Es werde also an vielen Stellen keinen Wald mehr geben. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es vielleicht angebracht, die Unterschutzstellung neu zu überdenken. Nach momentanem Stand sollen ja 3 % der Flächen des Spreewaldes Totalreservat sein. Wie diese ausgewählt werden, wolle er jetzt nicht weiter erläutern. Entsprechende Unterlagen liegen ihm aber vor. Vielleicht sollte sich der Fachausschuss einmal damit befassen.

## **TOP 2.2      Anfragen der Abgeordneten**

---

**Frau Tölpe** weist darauf hin, dass acht schriftliche Anfragen für den öffentlichen Teil vorliegen.

### *1. Anfrage von Herrn Reif zum Regionalbahnverkehr im Landkreis Dahme-Spreewald*

Die schriftliche Antwort des Landrates wurde mit Schreiben vom 10.04.2013 übersandt.

### *2. Anfrage von Herrn Wille zum Gedenken an den 17. Juni 1953*

Die schriftliche Antwort des Landrates wurde mit Schreiben vom 04.06.2013 übersandt. Den angekündigten Vortrag von Herrn Mietk gab es heute vor Eintritt in die Tagesordnung.

### *3. Anfrage von Herrn Reimann zu Neuerungen des Kinderförderungsgesetzes*

Die schriftliche Antwort des Landrates wurde mit Schreiben vom 06.06.2013 übersandt.

### *4. Anfrage von Frau Uhlworm zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes*

Die schriftliche Antwort des Landrates wurde heute auf den Tisch gelegt.

### *5. Anfragen von Frau Uhlworm zum Netzwerk Brandenburgische Frauenhäuser und „Gute Arbeit für Alleinerziehende“*

Die schriftliche Antwort des Landrates wurde mit Schreiben vom 14.06.2013 übersandt.

### *6. Anfrage von Frau Peter zum Schallschutz für die Anwohner des Flughafens BER*

**Herr Klinkmüller** führt aus, dass die Festlegungen des Planfeststellungsbeschlusses und seiner Ergänzungen umzusetzen sind. Zuständig sei die Planfeststellungsbehörde, also das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft. Die untere Bauaufsichtsbehörde habe hier keinen Handlungsspielraum. Lediglich bei Neu- und Umbauten werde in den Baugenehmigungen auf einen ausreichenden baulich vorzusehenden Schallschutz

verwiesen. Für die entsprechende Ausführung seien der Objektplaner und der Bauherr in der Pflicht.

**Frau Peter** fragt nach, ob es irgendwelche Möglichkeiten gebe, wie der Landkreis die Bürger unterstützen kann. Es habe den Anschein, dass die Flughafengesellschaft nicht allzuviel Initiative zeige, den Schallschutz vor der ersten Nutzung der Start- und Ladebahnen fertigzustellen.

**Herr Klinkmüller** erwidert, dass es vielleicht manchmal so erscheinen mag, aber die Flughafengesellschaft unternehme zurzeit alles, den Schallschutz in einer ordentlichen Qualität voranzubringen. Dafür wurde auch eine gesonderte Abteilung geschaffen.

*7. Mehrere Anfragen von Herrn Seelig zu den Kapazitäten der Kindertagesstätten im Landkreis Dahme-Spreewald und zu einem bestimmten Einzelfall*

Die Antwort zu einem bestimmten Einzelfall wird schriftlich nachgereicht.

**Herr Saß** erklärt zu den Kapazitäten der Kindertagesstätten im Landkreis, dass es aktuell 80 Kindertagespflegepersonen im Landkreis gebe, die insgesamt 326 Kinder betreuen. Gehe man vom mathematischen Durchschnitt aus – in der Kürze der Zeit konnten sämtliche Kinder einzelnen Lebensaltern nicht zugeordnet werden – gebe es 108 Kinder in jedem Lebensjahr, die dann natürlich auch ausscheiden. Wie viele Dreijährige in fünf Jahren vorhanden sein werden, sei jedoch nur äußerst schwer zu kalkulieren.

Die Kommunen kennen die Zahlen der Kinder in den einzelnen Kindertagespflegeeinrichtungen und stellen dann auch die erforderlichen Kapazitäten in den Kindertagesstätten zur Verfügung.

*8. Anfrage von Frau Fischer zur Einrichtung einer Anlaufstelle in der Kreisverwaltung zur Bündelung und Aufarbeitung statistischer Daten*

Die schriftliche Antwort des Landrates wurde heute auf den Tisch gelegt.

### **Mündliche Anfragen:**

*Kinder- und Jugendheim „Haasenburg“*

**Herr Scheetz** erklärt, dass die Schilderungen in Artikeln der „taz“ über Misshandlungsvorwürfe gegen Brandenburger Heime der Haasenburg GmbH sehr erschreckend sind. Da sich zwei dieser Kinder- und Jugendheime auf dem Gebiet des Landkreises Dahme-Spreewald befinden, sei zu fragen:

War der Kreisverwaltung der Sachverhalt bekannt? Wäre Einflussnahme möglich gewesen? Wurde der Landkreis nach ersten Vorwürfen im Jahr 2010 vom Landesjugendamt informiert? Wird der Landkreis in die Arbeit der vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport angekündigten Untersuchungskommission eingebunden?

In einem Presseartikel werde u. a. geschildert, dass Sicherheitsfirmen beauftragt wurden, die Personalengpässe dort auszugleichen. Es sei zu fragen, ob auch Sicherheitsfirmen aus dem Landkreis Dahme-Spreewald beauftragt wurden.

*Zensus*

Zum Zensus stellen sich für **Herrn Scheetz** folgende Fragen:

Hat die Verwaltung die erste Auswertung des Zensus zur Kenntnis genommen? Sind erste finanzielle Auswirkungen erkennbar? Sind eigene Nachforschungen bei der Ermittlung der tatsächlichen Einwohnerzahl des Landkreises geplant?

In Berlin haben sich z. B. Senat und Bezirke darauf geeinigt, noch einmal eigene Überprüfungen vorzunehmen und mit den Ergebnissen des Zensus abzugleichen.

**Landrat Loge** erwidert zum Zensus, dass eine erste Sichtung 1.500 Einwohner weniger ergeben habe als die bisher angenommenen 162.000. Im Vergleich zu anderen Landkreisen und kreisfreien Städten sei das nicht besonders auffällig.

Finanzielle Auswirkungen gebe es bis dato keine. Auf Landesebene soll es noch eine Bewertung geben, die dem Landkreis z. B. bei den Schlüsselzuweisungen trotzdem dasselbe Geld bringen solle.

**Herr Saß** ergänzt zur Haasenburg, dass die Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt in der Vergangenheit immer vertrauensvoll war. So wurde im vergangenen Jahr auf Grund der Berichterstattung des politischen Fernsehmagazins „*Frontal 21*“ das Thema unter Hinzuziehung des Landesjugendamtes im Jugendhilfeausschuss diskutiert.

Der Landkreis mit seinem Jugendamt sei verantwortlich für die Kostenermittlung und für die Kostenvereinbarungen, die in den vergangenen Jahren auch per Schiedsstellenverfahren entschieden wurden.

Für die Betriebserlaubnis, die örtliche Prüfung und das Nachgehen von Meldungen sei das Landesjugendamt als Heimaufsicht verantwortlich. Der Landkreis habe im vergangenen Jahr lediglich eine Anfrage eines anderen Jugendamtes zu den Kosten bekommen, die gemeinsam mit dem Jugendamt geklärt werden konnte.

Fälle, wie sie jetzt in der „*taz*“ geschildert wurden, wurden in aktueller Zeit nicht an den Landkreis Dahme-Spreewald herangetragen.

In die jetzt speziell eingerichtete Untersuchungskommission soll der Landkreis nicht berufen werden, weil er für die Kostensatzverhandlungen verantwortlich und insofern im Verfahren Beteiligter sei. Das habe der verantwortliche Abteilungsleiter im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport heute telefonisch mitgeteilt. Es solle aber im Rahmen der Ermittlungstätigkeit vertrauensvoll zusammenarbeiten werden.

Bezüglich des Ausgleichs von Personalengpässen durch Wachschutzmitarbeiter sei ihm persönlich nichts bekannt. Inwieweit bei der Heimaufsicht des Landesjugendamtes diesbezügliche Erkenntnisse vorliegen, entziehe sich ebenfalls seiner Kenntnis.

**Frau Lehmann** ist erst einmal froh, dass es eine Untersuchungskommission mit unabhängigen Personen geben werde und eine Hotline eingerichtet wurde, an die sich Kinder, Jugendliche und Erzieher wenden können.

Weil diese Einrichtung schon seit geraumer Zeit immer wieder einmal in den Medien steht, hegen Kreisverwaltung und Jugendamt ebenfalls schon seit längerem ein gewisses Unbehagen. Insbesondere der letzte Artikel in der „*taz*“ über freiheitsentziehende Maßnahmen habe alle sehr alarmiert. Der Träger habe auf seiner Homepage auch gleich verkündet, dass ein Berliner Gericht der Zeitung in einer einstweiligen Verfügung einzelne Behauptungen über die Haasenburg untersagt habe. Auf der Homepage stehe zum Konzept auch geschrieben: „Freiheitsentziehende Maßnahmen werden ausschließlich im Auftrag von Personensorgeberechtigten und nur dann durchgeführt, wenn dies zur Wahrung des Kindeswohles erforderlich ist; als pädagogisches Mittel werden freiheitsentziehende Maßnahmen nicht eingesetzt.“ Das werde zu überprüfen sein.

Politisch habe sie heute die Schließung der Heime gefordert, weil sie sehr skeptisch sei, dass diese Einrichtung, die eine enge Schnittstelle zur Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie zu Justizvollzugsanstalten sei, das Anliegen der Paragraphen 1 und 2 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes auch immer erfüllen könne.

**Frau Tölpe** mahnt an, jetzt keine Diskussionen zu führen. In diesem Tagesordnungspunkt gehe es um Anfragen von Abgeordneten.

Für **Herrn Schulze** wirft sich die Frage auf, ob die Haasenburg GmbH bei der damaligen Ansiedlung im Landkreis Fördermittel vom Landkreis erhalten habe und wie es sich mit diesen Mitteln verhält, wenn es Konsequenzen geben sollte.

#### *Kreistags-App*

**Herr Dr. Kuttner** bedankt sich für die Beantwortung seiner Anfrage betreffs der Unterstützung der Gremienarbeit durch eine sogenannte Kreistags-App. In diesem Schreiben werde darauf hingewiesen, dass der jetzige Anbieter *more!* ebenfalls eine entsprechende App entwickelt. Diese solle abgewartet und hinsichtlich ihres Funktionsumfangs und ihrer Eignung geprüft werden.

Es werde gebeten, den Kreistag im Herbst noch einmal über den aktuellen Stand zu informieren. Entwickeln sich die Dinge schon vorher positiv, sollten entsprechende Informationen zeitnah an die Abgeordneten herangetragen werden, um besser und schneller mit dem System zurechtzukommen.

#### *[aquamediale@ 9]*

**Herr Wille** fragt Landrat Loge, ob er es ebenso wie andere Gäste bedauert habe, dass bei der Vernissage der [aquamediale@ 9] in Goyatz nur wenige Kunstwerke zu sehen waren – abgesehen vom prämierten „L“ und dem in Flammen aufgehenden Phönix. Die weiteren Kunstwerke an verschiedenen anderen Standorten müsse sich jeder selbst erschließen.

Es war zwar eine angenehme Veranstaltung, aber viele Gäste hatten Mühe mitzubekommen, worum es eigentlich gehe. Üblicherweise bekommen die Besucher bei einer Vernissage alle Kunstwerke zu Gesicht. Vielleicht hätten die fehlenden Werke mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation oder ähnlichem zur Schau gestellt werden sollen.

**Landrat Loge** erwidert, dass die Veranstaltung auch für ihn etwas ungewohnt war. Der neue Kurator Herr Gracza gehe bei der Organisation und Strukturierung der Ausstellung jedoch andere künstlerische Wege als sein Vorgänger Herr Schirmer.

**Herr Saß** merkt an, dass in den vergangenen Jahren bei den Vernissagen immer Klagen zu hören waren, ob das nun wirklich Kunst sei. Jetzt werde die Kunst vermisst. Darüber freue er sich.

#### *Erdgasförderung im Raum Märkisch Buchholz/Münchehofe*

**Herr Reimann** führt aus, dass es hinsichtlich der beabsichtigten Erdgasförderung im Raum Märkisch Buchholz/Münchehofe eine breite Diskussion gebe, wie sich das Land Brandenburg und vielleicht auch der Landkreis an solchen Förderungen beteiligen könnten. Gibt es Erkenntnisse und Überlegungen, inwieweit das Land Brandenburg bei der Diskussion um eine z. B. 36-%ige Abgabe unterstützt werden kann, so dass der Landkreis entsprechend Nutzen ziehen könnte?

**Landrat Loge** antwortet, dass der Landkreis bisher nur im Rahmen des Zulassungsverfahrens für ein zeitlich begrenztes Fördertestprogramm beteiligt wurde. Eine Entscheidung zur Nutzung des Erdgases soll erst nach Auswertung des Testprogramms erfolgen. Das sollte erst einmal abgewartet werden.

---

**TOP 4. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreistag**

---

**TOP 4.1 Ehrenamtliche Richter für die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg  
hier: Vorschlagsliste für das Verwaltungsgericht Cottbus,  
Vorl.Nr. 2013/048**

---

**Frau Tölpe** weist darauf hin, dass für die Öffentlichkeit (Presse und Bürger) eine Liste mit den Namen der Bewerber ohne persönliche Daten übergeben wurde. Nur den Kreistagsmitgliedern liege eine detaillierte Übersicht mit persönlichen Angaben vor. Damit im Einzelfall nicht die Nichtöffentlichkeit (aus Datenschutzgründen) hergestellt werden muss, sollte im Bedarfsfall nur die jeweilige laufende Nummer aus der nichtöffentlichen Liste angegeben werden.

Im Kreisausschuss wurde folgendes Verfahren festgelegt:

Jedem Kreistagsmitglied werde jetzt durch das Büro Kreistag eine in weiß kopierte Liste mit den Bewerbern für eine offene Abstimmung in Schriftform auf den Tisch gelegt. Darauf könne jeder 29 Personen ankreuzen. Danach werde das Büro Kreistag die Zettel einsammeln und das Ergebnis werde von den heute anwesenden Mitgliedern des Wahlausschusses (Frau Müller und Herr Wenzel) mit Unterstützung des Kreistagsbüros ausgezählt. Anschließend werden die 29 Bewerber mit den meisten Stimmen angesagt. Über Bewerber, die nicht die erforderliche Mehrheit erreicht haben, könne im Anschluss einzeln in der Reihe der nachfolgend meisten Stimmen oder im Block abgestimmt werden.

**Frau Müller** möchte wissen, ob ein Zettel ungültig ist, wenn mehr als 29 Personen angekreuzt wurden.

**Frau Tölpe** erklärt, dass dieser Zettel dann ungültig sei. Außerdem würde sie während des Auszählens der Stimmen die Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 4.2 fortsetzen.

Die Abgeordneten signalisieren Zustimmung zu dieser Verfahrensweise.

**Frau Müller** geht davon aus, dass bei der Abstimmung zum nächsten Tagesordnungspunkt das Auszählen noch nicht beendet ist. Sollte eine Ja-Stimme fehlen, damit der Antrag bestätigt werde, möchte sie unbedingt gefragt werden, denn sie befürworte den Bau eines weiteren Abschnitts des Hofjagdweges.

---

**TOP 4.2 Antrag auf überplanmäßige Ausgabe gemäß § 6 Abs. 8 der Haushalts-satzung des Landkreises Dahme-Spreewald für das Haushaltsjahr 2013,  
Vorl.Nr. 2013/054**

---

**Herr Dr. Kuttner** führt aus, dass er im Kreisausschuss erklärt hatte, dass die CDU-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen wird. Die Fraktion habe sich jedoch zwischenzeitlich noch einmal intensiv mit der Problematik befasst und es gebe jetzt unterschiedliche Meinungen, ob die Gelder ausgegeben oder angesichts des Riesenberges an Investitionen, die der Landkreis noch abarbeiten wolle, für andere Maßnahmen angespart werden sollten. Insofern werde die Fraktion heute kein einstimmiges Votum abgeben.

**Herr Dr. Deutschländer** erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE der Vorlage zustimmen wird. Die Fraktion sei froh, dass endlich wieder Mittel für den Wegebau zur Verfügung stehen, zumal sich der Landkreis sehr lange darum bemüht hatte, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten.

Es wäre auch ein äußerst schlechtes Zeichen für die Kommunen, wenn auf einmal bereits Geplantes wieder gestrichen werde.

**Herr Kolan** fügt hinzu, dass auch die SPD-Fraktion zustimmen wird. Frau Klaus hatte in der Einwohnerfragestunde eigentlich schon alles gesagt.

Der Hofjagdweg sei seit Jahren ein Wunsch der SPD-Fraktion und jeder fertige Abschnitt bedeute ein Stück mehr Lebensqualität und touristische Erschließung im Landkreis Dahme-Spreewald.

**Abstimmung: - bei 1 Stimmenthaltung einstimmig bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/054**

**Der Kreistag stimmt dem Antrag auf überplanmäßige Ausgabe gemäß § 6 Abs. 8 der Haushaltssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald für das Haushaltsjahr 2013 für den Bau des Abschnittes 4/5 des Hofjagdweges von der L 743 bis zum Stellwerk Motzen i. H. v. 274.400 € zu.**

**TOP 4.3 Grundsätzliche Positionierung des Zweckverbandsmitgliedes Landkreis Dahme-Spreewald gemäß § 17 der Satzung des Zweckverbandes "Gewässerrandstreifenprojekt Spreewald", Vorl.Nr. 2013/053**

---

**Herr Kolan** erklärt, dass nach den ablehnenden Beschlüssen der Landkreise Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz zur Aufrechterhaltung des Zweckverbandes eine Auflösung eigentlich schon beschlossene Sache sei. Die Liquidation sollte dann auch zum 01.01.2014 erfolgen. Das schütze am Ende vor möglichen Verbandsumlagen, wenn Löhne, Fuhrpark, Mieten usw. zu bezahlen wären und keine Fördermittel mehr akquiriert werden würden.

Das Ziel des Verbandes sollte erhalten bleiben, der Verband selber sei dafür jedoch nicht notwendig. Deshalb stimme die SPD-Fraktion der Vorlage zu.

**Abstimmung: - bei 3 Stimmenthaltungen einstimmig bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/053**

**Der Kreistag beschließt:**

**Der Landrat wird beauftragt, für die Auflösung des Zweckverbandes „Gewässerrandstreifenprojekt Spreewald“ zu stimmen.**

**Erfolgt keine Auflösung des Zweckverbandes „Gewässerrandstreifenprojekt Spreewald“ durch die Mitglieder, so wird der Landrat beauftragt, den Austritt aus dem Zweckverband in der Zweckverbandsversammlung zur Abstimmung zu stellen.**

**TOP 4.4 Satzung über den Kostensatz und die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Brand- und Katastrophenschutz-zentrums (BKZ) des Landkreises Dahme-Spreewald (Gebührensatzung BKZ), Vorl.Nr. 2013/038**

---

**Frau Tölpe** weist darauf hin, dass nach der Mai-Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit Austauschseiten zur Gebährentabelle übersandt wurden.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/038**

**Der Kreistag beschließt die Satzung über den Kostensatz und die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Brand- und Katastrophenschutzentrums (BKZ) des Landkreises Dahme-Spreewald (Gebührensatzung BKZ).**

#### **TOP 4.5      Änderungen des Rahmenkonzeptes der Personalplanung und Personalentwicklung des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/056**

---

**Herr Selbitz** beantragt namens der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 eine Überweisung in die Fachausschüsse, um das Konzept inhaltlich intensiver zu diskutieren, bevor dann in der September-Kreistagssitzung die Beschlussfassung erfolgt. Auch in den Fraktionen müsse das Rahmenkonzept noch intensiver diskutiert werden.

**Landrat Loge** erklärt, dass auch in Zukunft eine ausreichend qualifizierte und motivierte Anzahl von Beschäftigten für die ständig steigenden Aufgaben zur Verfügung stehen müsse. Wegen des demografischen Wandels gebe es aber zunehmend Schwierigkeiten, denen mit Hilfe dieses Rahmenkonzeptes entgegengewirkt werden soll. Dabei wolle die Verwaltung transparent vorgehen und sich vom Kreistag begleiten lassen.

**Herr Dr. Kuttner** unterstützt das Anliegen, erst in der September-Kreistagssitzung zu beschließen. Auf Grund der kurzfristigen Übergabe waren die Abgeordneten noch nicht in der Lage, das Konzept in Ruhe zu lesen und in den Fraktionen zu diskutieren.

Die CDU-Fraktion schlägt eine Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit vor. Das wäre nach Auffassung der Fraktion ausreichend.

**Herr Kolan** schließt sich namens der SPD-Fraktion diesem Vorschlag an. Einen Bereich lasse dieses Konzept aber schon jetzt etwas vermissen:

Die bereits zu verzeichnenden und auch weiter sichtbar werdenden Veränderungen durch den demografischen Wandel und die nun vorliegenden Vorschläge der Enquetekommission machen es aus Sicht der SPD-Fraktion zwangsläufig erforderlich, anstehende Strukturreformen und deren Auswirkungen auf die Personalentwicklung in der Kreisverwaltung mit Weitblick zu berücksichtigen. Dazu stellen sich u. a. folgende Fragen:

- Was passiert mit den Mitarbeitern des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen?
- Was wird auf Dauer aus der Doppelstruktur rund um das staatliche Schulamt/Schulverwaltungsamt?
- Welchen Einfluss haben zu erwartende Aufgabenverteilungen vom Land auf den Kreis und vom Kreis auf die Gemeinden?
- Welche Auswirkungen haben mögliche Konzepte zur Begleitung des Generationswechsels in den Führungsebenen der Kreisverwaltung, um das Wissen der ausscheidenden Kollegen zu erhalten? Der Landrat nannte es einmal „Wissensmanagement“.
- Welche Überlegungen gibt es zur Zusammenlegung von Ämtern der Kreisverwaltung?
- Welche Überlegungen gibt es in der Verwaltung zu möglichen Fusionen mit anderen Landkreisen oder Neubildung von Landkreisen?

Die SPD-Fraktion bittet schon jetzt um eine diesbezügliche Ergänzung des Personalentwicklungskonzeptes bzw. eine gesonderte Stellungnahme, die die Auswirkungen zu

erwartender Strukturreformen im Land Brandenburg, aber auch eigene strukturelle Veränderungen der Kreisverwaltung für die nächsten zehn Jahre beleuchtet.

Überdies sei in diesem Zusammenhang an das noch ausstehende Ergebnis eines Arbeitsauftrages des Ausschusses für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit an die Verwaltung zur Frage der Notwendigkeit von zwei Standorten des Straßenverkehrsamtes erinnert.

**Abstimmung über die Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit: - einstimmig bestätigt -**

**Pause von 18:00 Uhr bis 18:30 Uhr**

---

**TOP 5. Anträge von Fraktionen, Ausschüssen oder Mitgliedern des Kreistages**

---

**TOP 5.1 Prüfauftrag zur Fortführung des Gewässerrandstreifenprojektes, Vorl.Nr. 2013/051**

---

**Frau Tölpe** weist darauf hin, dass allen Abgeordneten eine Austauschvorlage sowie eine zweite Anlage mit den geschätzten Kosten bei Fortführung oder Auflösung des Projektes übergeben wurden.

Dem Prüfauftrag haben sich ebenfalls die Fraktionen SPD und CDU angeschlossen.

**Frau Peter** erklärt, dass der Beschlusstext um die Gemeinde Märkische Heide erweitert werde. Die Gemeinde möchte in die Zusammenarbeit einbezogen werden. Insofern laute der Beschlusstext: „...in Zusammenarbeit mit der Stadt Lübben und/oder dem Amt Unterspreewald und/oder dem Amt Lieberose/Oberspreewald **und/oder der Gemeinde Märkische Heide** gegenüberzustellen und die Ergebnisse ....“

**Frau Tölpe** bittet um eigenständige Ergänzung.

**Herr Wille** führt aus, dass inhaltlich bereits im Kreisausschuss debattiert wurde. Das führte dann zu den Ergänzungen in der Austauschvorlage.

Es gehe nicht darum, das Konstrukt des Gewässerrandstreifenprojektes jetzt auf ewige Zeiten festzuschreiben. Aber es gebe das Bewusstsein, begonnene und sinnvolle Maßnahmen des Gewässerrandstreifenprojektes fertigzustellen bzw. weiterzuführen und bei noch offenen Projekten zu überlegen, ob sie im Interesse der ökologischen Vielfalt sowie des Naturschutzes und unter Beachtung der ökonomischen Möglichkeiten in Angriff genommen werden könnten. Von den Aufträgen hatten ja auch Unternehmen aus der Region profitiert. Das war der Anlass, einige informelle Gespräche zu führen und den vorliegenden Text zu erarbeiten. Wer die Maßnahmen dann weiterführen könnte, sei noch offen. Vorstellbar wären die Wasser- und Bodenverbände.

Selbstverständlich bestehe auch noch für weitere Fraktionen die Möglichkeit, sich dem Antrag anzuschließen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lübben hatte der Stadtverordnetenversammlung einen inhaltsgleichen Beschluss zur Zustimmung empfohlen – mit dem Unterschied, dass dort natürlich dem Bürgermeister der Prüfauftrag erteilt werde. Es erfolgte eine einstimmige Zustimmung.

Alles in allem wäre es dann ein rein regionales Projekt, nämlich bezogen auf den Landkreis Dahme-Spreewald und seine Gemeinden. Die Gemeinden und auch der Landkreis werden

sich ohnehin um die bereits erstellten Bauwerke kümmern müssen und es werde noch zu regeln sein, wer diese mit welchem Aufwand zu betreuen habe. Deshalb sei es natürlich ausgesprochen positiv, dass sich weitere Gemeinden beteiligen wollen.

**Herr Dr. Deutschländer** erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE diesem Prüfauftrag zustimmt, denn das Gewässerrandstreifenprojekt war ein Projekt, das dem Landkreis Dahme-Spreewald sehr gut zu Gesicht stand.

Allerdings sei zum Verfahren zu bemängeln, dass im Vorfeld nicht allen Fraktionen die Gelegenheit zur Beteiligung gegeben wurde und auch keine Sachkenntnis des Fachausschusses des Kreistages eingeholt wurde. Schließlich hatte sich der Ausschuss für Bauen und Umwelt in jedem Jahr mit dieser Problematik beschäftigt.

**Herr Dr. Kuttner** merkt an, dass sich die CDU-Fraktion angeschlossen habe, weil es hier ausschließlich um eine Prüfung geht. Es werde kein einziger Cent ausgegeben.

Der Kritik von Herrn Dr. Deutschländer sei entgegenzusetzen, dass in der letzten Sitzung des Kreisausschusses über den Prüfauftrag gesprochen wurde. Bis dahin stand auch in der CDU-Fraktion nur relativ vage fest, ob sich die Fraktion beteiligt. Im Ergebnis der Diskussion und nach Rücksprache mit seinem Fraktionskollegen N. Schmidt habe er dann aber während der Sitzung erklärt, dass die CDU-Fraktion den Prüfauftrag mit unterschreibt. Das habe der Fraktion DIE LINKE ebenso freigestanden. Allen Fraktionen wurde ja angeboten, sich zu beteiligen.

**Herr Krüger** ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Dr. Deutschländer, dass das Gewässerrandstreifenprojekt nie abgeschlossen sein wird. So werden sich unter anderem infolge der Beschädigungen durch das Hochwasser neue ökonomische Anforderungen ergeben. Der geborgene Schlamm müsse z. B. auch als Sondermüll behandelt werden und könne nicht mehr wie früher von den Bauern untergepflügt werden.

Der Kreistag sollte hier unterstützend wirken und es sollte auch geschaut werden, welche Fördermittel eingeworben werden können.

**Herr Luban** erklärt, dass sich die FDP-Fraktion aus den von Herrn Dr. Kuttner bereits genannten finanziellen Gründen diesem Prüfauftrag ebenfalls anschließt. Die Fraktion bitte aber zu berücksichtigen, dass es eine Vorgeschichte gebe, in der man es mit Partnern zu tun hatte, die nicht immer einer Meinung waren und bei der es auch Differenzen hinsichtlich der Aufteilung der finanziellen Aufwendungen gab. Er persönlich sehe hier ebenfalls unterschiedliche Interessen von Landkreis und Gemeinden. Insofern sollte der Prüfauftrag vielleicht um einen Vorschlag ergänzt werden, der sich auf die Schaffung klarer Strukturen bezieht, um Entscheidungen treffen zu können. Das sei aber nur ein Gedanke und kein Antrag auf eine Erweiterung des Beschlusstextes.

**Landrat Loge** erwidert, dass mögliche Varianten zur Fortführung der Maßnahme des Gewässerrandstreifenprojektes geprüft werden sollen. Das werde die Verwaltung auch tun. Keinesfalls werde aber eine neue Verbandsgründung oder GmbH-Gründung angestrebt. Die Orientierung gehe in Richtung einer Kooperation. An alle eventuell Mitwirkenden werde dann appelliert, finanzielle Eigenanteile und ähnliches bereitzustellen. Der Landkreis sei aber ohnehin für die Gewässer zweiter Ordnung zuständig.

**Abstimmung über die Vorlage mit der Ergänzung im Beschlusstext:**  
- bei 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/051

**Der Kreistag erteilt dem Landrat den Prüfauftrag, mögliche Varianten zur Fortführung der Maßnahme des Gewässerrandstreifenprojekts unter Berücksichtigung des Pflege-**

**und Entwicklungsplanes in Zusammenarbeit mit der Stadt Lübben und/oder dem Amt Unterspreewald und/oder dem Amt Lieberose/Oberspreewald und/oder der Gemeinde Märkische Heide gegenüberzustellen und die Ergebnisse dem Kreistag im September 2013 vorzustellen.**

**TOP 5.2            Anwendung des Prinzips Gender-Mainstreaming in der Kreisverwaltung Dahme-Spreewald (Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B90), Vorl.Nr. 2013/057**

---

**Frau Peter** beantragt namens der einreichenden Fraktion, die Vorlage heute in die aufgeführten Fachausschüsse zur Vorberatung zu verweisen.

**Herr Schulze** führt unter Bezugnahme auf das Zitat „Aber er hat ja gar nichts an!“ aus einem Märchen des Schriftstellers Hans Christian Andersen aus Dänemark – einem Land, das Gleichstellungspolitik als Vorreiter betreibt – aus, dass es dem Antrag zwar anders als im Märchen nicht an schmückendem Bewerk fehle, wohl aber an Inhalt. Der CDU-Fraktion fehle das konkrete Ziel des Antrages. Es stellen sich z. B. folgende Fragen: Was ist konkret mit *Gender-Mainstreaming in der Kreisverwaltung* gemeint? Was ist konkret mit *Stand der Umsetzung des Gender-Mainstreaming* gemeint? Außerdem wurden in keiner Weise die Kosten berücksichtigt, die Lenkungsgruppen und Beauftragte in jedem der über 20 Fachämter und in jeder Abteilung sowie die Anfertigung jährlicher Berichte verursachen würden.

Die CDU-Fraktion ist für eine Gleichstellungspolitik mit Augenmaß wie sie bisher konsequent betrieben wurde, aber gegen eine Lähmung der Verwaltung, die mit Flughafen, Hochwasser, Unterbringung von Asylbewerbern, Sicherstellung guter Bildungschancen und zukunftsorientierter Arbeitsmarktpolitik genug belastet sei. Deshalb werde der Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 auch nicht als vordringlich angesehen.

Überdies vernachlässige die Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 im nächsten Tagesordnungspunkt selbst das Prinzip des Gender-Mainstreamings, indem eine Frau als sachkundige Einwohnerin aus einem Ausschuss abgezogen und dafür ein Mann berufen werden soll.

**Herr Kolan** fügt hinzu, dass er seit fast fünf Jahren im Kreistag sitze und die Anstrengungen der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 um die Anwendung des Gender-Mainstreamings in der Kreisverwaltung verfolge. Die Krönung dessen soll nun dieser finanziell möglicherweise noch gar nicht bedachte, personell nur durch Mehrbelastung von Mitarbeitern untersetzte und insgesamt eher unkonkrete Antrag sein. Er glaube nicht, dass Kreistag, Ausschüsse, Kreisverwaltung und Gleichstellungsbeauftragte bei dem von der einreichenden Fraktion vorgeschlagenen zu weiterführenden Erkenntnissen bei der Umsetzung des Gender-Mainstreamings kommen werden.

Vermutlich müsse diesbezüglich auch externer und sehr teurer Sachverstand eingeholt werden. Falls dem so sein sollte, wäre die Sinnhaftigkeit der damit im Zusammenhang stehenden Kosten - nach seiner persönlichen Einschätzung etwa 100.000 Euro - vor allem vor dem Hintergrund zu beleuchten, dass die Umsetzung des Gender-Mainstreamings seit vielen Jahren durch die Kreisverwaltung gelebt werde und diesbezüglich auch keinerlei Probleme von außen an die Abgeordneten herangetragen wurden. Es werde schwerfallen, den Bürgern und den die Kreisumlage zahlenden Gemeinden diese Ausgabe zu erklären.

Auf entsprechende Nachfrage von **Frau Tölpe** bestätigt **Frau Peter** namens der einreichenden Fraktion, dass der Antrag auf Verweisung in die Fachausschüsse aufrechterhalten werde.

**Abstimmung über die Verweisung in die Fachausschüsse:**

- bei 11 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt -

**Frau Peter** zieht namens der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 den gesamten Antrag zurück.

---

**TOP 5.3            Berufung eines neuen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur (Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90), Vorl.Nr. 2013/060**

---

Es besteht kein Redebedarf.

**Abstimmung: - bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/060**

**Der Kreistag beschließt:**

**Herr Marcus Wrege wird anstelle von Frau Gisela Christl als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur berufen.**

---

**TOP 6.            Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge**

---

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen bzw. –anträge vor.

---

**TOP 7.            Informationsvorlagen**

---

**TOP 7.1            Aufhebung des Erbbaurechtsvertrages und Veräußerung des Grundstückes in Wanninchen (Naturschutzstation), Vorl.Nr. 2013/055**

---

Es besteht kein Redebedarf. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

**TOP 7.2            Errichtung eines Verwaltungsgebäudes am Verwaltungsstandort Brückenstraße/Max-Werner-Straße in Königs Wusterhausen, Vorl.Nr. 2013/058**

---

**Frau Peter** möchte wissen, ob es bereits Mietverträge gebe, damit der Landkreis letztendlich nicht auf den Kosten sitzen bleibe.

**Landrat Loge** erwidert, dass zunächst vier mögliche Standorte geprüft werden. Auf der Basis dieser Ergebnisse werde dann ein Finanzierungskonzept erarbeitet. Angedacht war auch schon eine Kreditaufnahme, zumal die Konditionen im Moment sehr günstig seien.

Für das Jobcenter wurden bisher Räumlichkeiten an mehreren Standorten angemietet. Nach der Zentralisierung im kreiseigenen Neubau braucht keine Miete mehr gezahlt werden und die frei werdenden Gelder könnten zur Rückzahlung eines etwaigen Kredites eingesetzt werden. Sollte auch die Agentur für Arbeit in das neue Gebäude einziehen, könnte die Miete ebenfalls dafür verwendet werden. Im Moment könne aber noch nicht eingeschätzt werden, ob dies ausreichend sei. Ziel sollte es aber sein, Kreditrückzahlungen über die Mieten zu finanzieren.

**Herr Kolan** sieht diese Informationsvorlage als Startschuss für die Suche nach einem passenden Standort für das Jobcenter. Er wünsche sich, dass der Ausschuss für Bauen und Umwelt sowie der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit von vornherein in die Entscheidungsfindung rund um die Finanzierung eingebunden werden.

Auf Grund gesammelter Erfahrungen mit einem schwierigen Baugrund bei anderen Baumaßnahmen in der Umgebung empfiehlt **Herr Dr. Kuttner** wiederholt, die Baugrundbohrungen auf jedem möglichen Standort in ausreichender Zahl und Größe vorzunehmen.

**Herr Linke** weist darauf hin, dass der Verwaltungsstandort auch die Gerichtsstraße tangiert. Das müsste in der Vorlage ergänzt werden. Die komplette Standortbezeichnung laute dann *Brückenstraße/Max-Werner-Straße/Gerichtsstraße*.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **TOP 7.3      Aufstockung der Kapazitäten in der Gemeinschaftsunterkunft Waßmannsdorf, Vorl.Nr. 2013/061**

---

**Frau Tölpe** erinnert, dass es in der letzten Sitzung des Kreisausschusses einige Ausführungen des Landrates zu dieser Vorlage gab, die nicht auf der Tagesordnung stand.

**Herr Knuffke** bittet, auch heute noch einmal kurz zu informieren, worum es im Großen und Ganzen geht und ob es sich um eine dauerhafte Aufstockung handelt.

**Landrat Loge** erklärt, dass die Gemeinschaftsunterkunft saniert werden soll. Um Baufreiheit zu schaffen, sei eine vorübergehende Unterbringung von Asylbewerbern in Wohnmodulen vorgesehen.

Die Gemeinschaftsunterkunft müsse an diesem Standort auch grundsätzlich erweitert werden, denn die Zahl der Menschen, die in Deutschland um politisches Asyl ersuchen, habe sich erhöht. Noch in diesem Jahr werde mit der Zuweisung weiterer 117 Personen gerechnet. Deshalb soll ein weiteres Bauwerk in Modulbauweise errichtet werden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **TOP 8.      Verschiedenes**

---

#### *Erdgasförderung im Bereich Märkisch Buchholz/Münchehofe*

Ergänzend zur heute bereits angesprochenen geplanten Erdgasförderung in Märkisch Buchholz/Münchehofe informiert **Herr Dr. Deutschländer**, dass bei großen Teilen der Bevölkerung erhebliche Bedenken zur Förderung durch Fracking oder einer möglicherweise späteren Einlagerung von Kohlendioxid bestehen. Viele Bürger seien dagegen, diese Lagerstätte überhaupt zu nutzen.

In einer gemeinsamen Stellungnahme haben beide Gemeinden auf die Risiken hingewiesen und Forderungen aufgemacht.

#### *Waldbericht*

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Herrn Linke zu den Hochwasserschäden im Hochwald informiert **Herr Dr. Deutschländer** in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für Bauen und Umwelt, dass sich der Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen mit dem aktuellen Waldbericht, in dem die Auswirkungen des Hochwassers eingearbeitet sein sollten, befassen wolle. Zuständig für diesen Bericht sei jedoch nicht der Landkreis, sondern das Land Brandenburg.

**Pause von 19:05 Uhr bis 19:15 Uhr**

Nach der Pause ruft **Frau Tölpe** noch einmal den Tagesordnungspunkt 4.1 auf, um das Ergebnis des Auszählens der Stimmen bekanntzugeben.

**TOP 4.1      Ehrenamtliche Richter für die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg  
hier: Vorschlagsliste für das Verwaltungsgericht Cottbus,  
Vorl.Nr. 2013/048**

---

Von den 64 Bewerbern haben 24 die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmen erhalten. Das sind die Bewerber mit den laufenden Nummern 2, 7, 8, 9, 11, 17, 23, 28, 29, 30, 31, 32, 35, 40, 41, 47, 49, 50, 52, 53, 56, 57, 58 und 62.

Danach folgen mit 28 Stimmen bzw. 1 Person mit 25 Stimmen die Bewerber mit den laufenden Nummern 27, 36, 37, 64 und 18. Es werde vorgeschlagen, über diese Bewerber im Block in offener Abstimmung zu entscheiden.

Die Abgeordneten - zurzeit sind 39 Kreistagsmitglieder anwesend - signalisieren Zustimmung zu dieser Verfahrensweise.

**Abstimmung über die Aufnahme der Bewerber mit den laufenden Nummern 27, 36, 37, 64 und 18 in die Vorschlagsliste:**

**- bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt -**

**Der Kreistag beschließt die Aufnahme der Bewerber mit den laufenden Nummern 27, 36, 37, 64 und 18 in die Vorschlagsliste.**

**Abstimmung über die Beschlussvorlage in Gänze mit den Nummern 2, 7, 8, 9, 11, 17, 23, 28, 29, 30, 31, 32, 35, 40, 41, 47, 49, 50, 52, 53, 56, 57, 58, 62 sowie 27, 36, 37, 64 und 18:**

**- bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt -  
Beschl.Nr. KT 2013/048**

**Der Kreistag beschließt entsprechend der beiliegenden Übersicht die Aufnahme von 29 Bewerbern in die Vorschlagsliste für die Neuwahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Cottbus.**

<i><b>lfd. Nr. der Vorschlagsliste</b></i>	<i><b>Nachname</b></i>	<i><b>Vorname</b></i>
<b>62</b>	<b>Wüsthoff</b>	<b>Kerstin</b>
<b>17</b>	<b>Hofrichter</b>	<b>Joachim</b>
<b>31</b>	<b>Lippelt</b>	<b>Daniela</b>
<b>29</b>	<b>Lehmann</b>	<b>Jana</b>
<b>40</b>	<b>Prinz</b>	<b>Horst Kurt Gerhard</b>
<b>9</b>	<b>Fleischer</b>	<b>Regine-Christiane</b>
<b>56</b>	<b>Tschacksch</b>	<b>Silke</b>
<b>58</b>	<b>vom Wege</b>	<b>Katja</b>
<b>7</b>	<b>Cziczinski</b>	<b>Marina</b>
<b>28</b>	<b>Latarius</b>	<b>Uta</b>

30	Liegner	Maria
35	Mrose	Ruth
49	Sommerfeldt	Cindy
50	Straube	Rainer
57	Vogel	Mandy
11	Gabel	Thomas
32	Lucius	Rene
41	Richter	Irene
47	Schwenkenbecher	Jürgen
53	Thiele	Marion
2	Baltruschat	Reiner
23	Krause	Martina
52	Thiel	Detlef
8	Dr. Schulz	Ekkehard
27	Lange	Horst
36	Nachtigall	Gudrun
37	Nätebusch	Lothar
64	Zimmermann	Jan
18	Joachimi	Petra-Gabriele

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Kreistagssitzung um 19:20 Uhr mit Tagesordnungspunkt 9 fortgesetzt.